...erBank
...Neuen Mark
...00 Millionen
...Cannstatt
...Ulm

...burg.
...en-Sämereien,
...Steck-Zwiebeln
...hlt
...Bender,
...Karl Geuiner, Schwann.

..., den 12. März ab
...en Stallungen
..., Westliche 368,
Transport
...., trächtiger
...er Schaf-
...ger Lernstiere
...nen jederzeit dort angesehen
...eckarsulmer,
...zheim.

...erkauf.
...r Transport
...r,

Jungrinder, sowie
...rländer Zuchtfarren
...ffen bei
..., Pforzheim
...94, Telefon 2918.

...ung!
...ehüte zum Umformen!
...von verschiedenen Hausierern
...ieren eingesammelt. Geben
... ab, da Sie keine Garantie
...t wieder bekommen. Bringen
Hut
...faconieren, wenn Sie auf

...olzrodung
...hle
Sprengkapseln,
...hnüre.
...r. 15, Bad Liebenzell.

...suchungen
...on Krankheiten
... gewissenhaft aus
...g Näßl, Grafrath,
...bern.
...nauer Adresse per Postpaket
...en.
Dankschreiben!
...wig Näßl, Laboratorium in
... mit der gesandten Kräuter-
...chlimmste ist vollständig weg.
... Nervenschmerzen. Ich bin
...so kräftig bin und daß es
...ust. Nochmals besten Dank.
..., Freilassing Nr. 142 f.

Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 30.—. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 27.75 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Anzeigepreis
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum i. Bezirk 1.20 ℳ, außerhalb desselben 1.50 ℳ einschließl. Inseratensteuer. Offerte u. Auskunftserteilung 50 ₰. Reklame-Zeile 4.— ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 60. | Neuenbürg, Montag, den 13. März 1922. | 80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. März. Das Staatsministerium hat einen 15. Nachtrag zum Staatshaushalt für 1921 dem Landtag überwiesen, in dem beim Ministerium des Innern 4 Millionen Mark für Zuschüsse zur Unterstützung notleidender Kleinkapitalrentner und beim Arbeitsministerium 2 266 670 M. zur Besserung der Milchversorgung der von der Milchnot am schwersten betroffenen Gemeinden gefordert werden. Letztere Summe erstattet das Reich wieder zurück. Weiter sollen ab 1. Januar die Teuerungszuschläge zu den Beamtengehältern für die ersten 10 000 M. von 20 auf 40 Proz. erhöht werden. Die Mehrbezüge sind bereits vorläufig angewiesen. Außerdem wurde das Finanzministerium ermächtigt, an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Staatsbeamten ab 1. Januar widerrufliche Wirtschaftsbeihilfen zu gewähren, deren Höhe von dem Betrag des den Arbeitern der Reichsverwaltung verwilligten Ueberteuerungszuschüsse bestimmt. In Württemberg kämen zurzeit die Orte Stuttgart, Feuerbach, Obertürkheim, Eßlingen, Fellbach und Rotweil für die Beihilfe in Betracht.

Stuttgart, 11. März. Wie bekannt sind die meisten Firmen nicht in der Lage, zur festgesetzten Frist die Einkommensteuererklärung abzugeben, weil zur Fertigstellung der Bilanz in den meisten Fällen die Bankauszüge fehlen. Dem Vernehmen nach sollen daher die Fristen zur Einrichtung der Steuererklärung dementsprechend verlängert werden.

München, 11. März. Vom Metallarbeiterstreik wird gemeldet, daß die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes dem Landeseinigungsamt Nürnberg die Annahme des Schiedsspruches erklärte. Der Verband bayerischer Metallindustriellen stimmte dem Schiedsspruche gleichfalls zu.

Berlin, 11. März. Die Meldung der Pariser „Chicago Tribune", daß der Konferenz von Cannes eine geheime Denkschrift des Reichskanzlers Dr. Wirth vorgelegt worden sei, die sich mit der deutschen Finanzauslage und den Reparationen beschäftige, trifft, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht zu. Eine solche Denkschrift existiert nicht.

Berlin, 11. März. Nachdem gestern die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden und der Gewerkschaften sowie der Beamtenorganisationen mit der Regierung vorläufig infolge der Anwesenheit des Vorsitzenden Menne von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten gescheitert sind, begann, laut „B. Z. am Mittag" heute vormittag eine Besprechung der Delegierten der Arbeitnehmer-Organisationen. Diese beschlossen, den Reichskanzler zu bitten, neue Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Berlin, 11. März. Wie die „Berliner Nationalzeitung" behauptet, wurde der Posten des deutschen Botschafters in Washington dem bekannten Generaldirektor der Krupp-Werke, Geheimrat Otto Wiedfeldt, angeboten. — Wiedfeldt wäre entschieden auf die Plusseite unserer neuen diplomatischen Vertretungen zu buchen. Bisher hat er aber allen Versuchen, ihn in den Reichsdienst herüberzuziehen, beharrliche Ablehnung entgegengesetzt.

Saarbrücken, 11. März. Laut „Saarbrücker Zeitung" hat die Regierungskommission für das Saargebiet dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stegerwald die nachgesuchte Erlaubnis, in verschiedenen Orten des Saargebiets Vorträge halten zu dürfen, mit der Begründung verweigert, daß außerhalb des Saargebiets wohnenden Rednern die notwendige Erlaubnis nicht erteilt wird.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 11. März. Kultminister Dr. Hieber kam in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage der Bürgerpartei über die Bilderstürmerei von Herrenberg zu dem Urteil, daß der Schulvorstand den Frieden in der Gemeinde empfindlich gestört, und das Ansehen der Lehrer in der Schule durch sein Verhalten geschädigt hat. Bei der Fortsetzung der Ernährungsdebatte bezeichnete es Klein (BB.) als die Pflicht der Landwirtschaft, für eine Steigerung der Produktion zu sorgen, aber sie müsse von den Berufsständen besser behandelt werden. Wenn man sich vom Achtstundentag lossage und die Sozialisierungsversuche aufgebe, werde man vorwärts kommen. Uebrigens hätten 90 Proz. der württembergischen Bauern ihre Frucht längst verkauft, also mit den jetzigen hohen Fruchtpreisen nichts zu tun. Der Vorwurf des Ministers, daß die evangelischen und bauernbündlerischen Bauern für die Minderbemittelten weniger getan hätten, verdiene schärfste Zurückweisung. Ganser (Z.) stellte fest, daß die Zwangswirtschaft mit der Erfassungspolitik einen ungeheuren Rückgang der Produktion brachte und schon deshalb nicht wieder kommen dürfe, ferner, daß die Frucht zu Preisen abgesetzt wurde, die um 50 Proz. zu billig waren. Bei der Eierversorgung lasse sich nur auf genossenschaftlichem Wege etwas erreichen. Der Bauernstand leide furchtbar unter der Dienstbotennot, dieser Rückwirkung des Achtstundentags. Die steuerliche Heranziehung der Landwirtschaft komme ganz ungeahnt zur Geltung; der Vorwurf der Steuerdrückerei müsse entschieden zurückgewiesen werden. Die Erfassung der Sachwerte lehne das Zentrum ab, weil eine Belastung des landwirtschaftlichen Betriebes mit Hypotheken die Arbeitsfreudigkeit störe. Für Verbraucher- und Erzeugerkreise gelte, daß nur gemeinsame Arbeit helfe; doch dazu sei Aufklärung nötig, nicht Verhetzung. Hartmann (DdP.) erblickt die Rettung nur in einer Revision des Versailler Vertrages. Dazu gehöre ein einiges Volk und eine Bekämpfung der Schuldlüge. Unmöglich sei die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Andererseits gebühre der Regierung Dank für die Förderung der Produktion. Ernährungsminister Keil erklärte sich mit der Aussprache trotz des mäßigen Ergebnisses befriedigt. Was die Ablieferung einzelner Bezirke für Minderbemittelte anlange, so habe Saulgau 7000 Zentner Kartoffeln, Herrenberg dagegen nur 800 Zentner geliefert; auch Körner seien von dort nicht abgeliefert worden. (Große Heiterkeit.) Dann wurde ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien und Unabhängigen auf Einstellung von Mitteln zur Erleichterung der Notlage der Sozial-, Kleinrentner usw. einstimmig angenommen. Nach Schlußworten der Abgg. Ziegler (USP.) und Groß (Z.), der den Abbau des allgemeinen Achtstundentags bedauern würde, wurden 38 Mitglieder zum Finanzgericht, ferner zehn aus dem Arbeitnehmerstand gewählt und schließlich gegen den Widerspruch der Rechten, die die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelten, ein Antrag der Regierungsparteien und der Linken angenommen, wonach die Finanzgerichte bei ihren Entscheidungen Lohn- und Gehaltsempfänger zuziehen müssen. Nächste Sitzung voraussichtlich am 23. März.

Stuttgart, 11. März. Die Abgg. Schuler und Reeber (USP.) brachten folgende Anfrage ein: In der Redaktion der „Menschheit", einer bekannten pazifistischen Zeitschrift in Ludwigsburg erschienen am 6. März 1922 zwei Geheimpolizisten, um nach der in der „Menschheit" vom 6. Oktober 1921 erschienenen Abhandlung „Heldentaten des preußischen Militarismus" zu fahnden, die in urkundlicher Form schwere Anklagen gegen ehemalige deutsche Ortskommandanten und die ihnen übergeordneten Stellen erhebt. Es besteht begründeter Verdacht, daß das Vorgehen der Polizei auf die in der Kleinen Anfrage des Abg. Rüchle aufgestellte unrichtige Behauptung, der Verlag „Friede und Recht" habe Sonderabzüge der genannten Abhandlung an die „Franzosen" geliefert, zurückzuführen ist. Wir fragen das Staatsministerium, ob es das Vorgehen der Polizei billigt und was es zu tun gedenkt, um im Interesse des deutschen Volkes die in der Abhandlung erwähnten Verbrechen gegen das Völkerrecht einer Ahndung zuzuführen.

Das alte Lied.

In Nr. 64 vom 7. März 1922 der „Ob. Volksztg." schreibt J. Mayer u. a.: Von den württ. Steuerbeamten ohne Ausnahme hört man durchweg, daß sie über die Behandlung, die sie von „Berlin" aus erfahren, wenig erbaut sind, weil „Berlin" sich über alle berechtigten Wünsche der württ. Beamten (Erlaßfabrikation, Bevormundung, Stellenzuweisung, Einstufung usw. usw.) einfach hinwegsetzt. Die Mißstimmung hierüber hat selbst die höchsten Finanzbeamten Württembergs ergriffen. Die württ. Steuerverwaltung nimmt mit Recht für sich in Anspruch, in Bezug auf Ordnung und Erfolge die beste im Deutschen Reich zu sein. Wir richten den Appell an den Reichstag, für Erfüllung der berechtigten Wünsche unserer württ. Finanzleute mit aller Energien einzutreten. Wenn sie zuvor gewußt hätten, wie „Berlin" mit ihnen jetzt umgeht, wäre von ihnen zweifellos der Uebertritt in den Reichsdienst glatt abgelehnt worden. Alle die von „Berlin" erfolgten Versprechungen auf loyale Rücksichtnahme württ. Wünsche haben sich nicht erfüllt. In Württemberg hat man sich unter „Verreichlichung" alles andere vorgestellt, nur keine „Verpreußung".

Verzinsung der Umsatzsteuerbeträge.

Die Frage, ob die Umsatzsteuerbeträge vor Erhalt des Steuerbescheids verzinst werden müssen, ist nach wie vor ungeklärt. Das Reichsgericht hat entgegen einer früheren Entscheidung neuerdings den Standpunkt vertreten, daß die Steuer bei allen tausend Mark übersteigenden Beträgen vom Beginn des vierten Monats nach Schluß des Steuerabschnitts an gerechnet, mit Zinsen zu entrichten ist, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Steuer erst später festgesetzt wird, ob die Verzögerung der Festsetzung auf Ueberlastung der Behörden beruht oder durch den Steuerpflichtigen verursacht wird. Es ist dringend notwendig, daß die Frage möglichst rasch einwandfrei geklärt wird.

Zur Anlage des französischen Militärlagers in der Pfalz.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" führt zu einem Kommentar zu der Anlage des neuen französischen Truppenübungsplatzes in Ludwigswinkel in der Pfalz an, daß hier eine unerhörte Verletzung des Versailler Vertrages vorliege. Wenn der Truppenübungsplatz Bitsch für die modernen Verhältnisse zu klein erscheine, so müßten ihn die Franzosen auf anderem, vorläufig französischem Gebiet erweitern, nicht aber durch Uebergreifen in das angrenzende bayerische Gebiet. Das ganze Verlangen ist, so schreibt das Blatt, nur verständlich, wenn man im Auge behält, daß die Franzosen fest damit rechnen, daß die Besetzung der bayerischen Pfalzzone eine endgültige sein wird.

General Morlands Abschied von Köln.

General Morland, der Oberstkommandierende der britischen Rheinarmee, hat Köln verlassen und sich im britischen Hauptquartier von seinem militärischen Stabe und von den Spitzen der Besatzungsbehörde, darunter dem Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission, verabschiedet. Wie die „Cologne Post" mitteilt, hat General Morland bei dieser Gelegenheit auch den Oberbürgermeister Adenauer und den Regierungspräsidenten von Köln empfangen, die den Wunsch ausgedrückt hatten, sich persönlich von ihm zu verabschieden. Beide Herren sprachen dem General ihren Dank für die angenehme und taktvolle Art aus, mit der er die mit seinem militärischen Amt verknüpften Funktionen ausgeübt hat, ohne die Lasten der Besatzung unnötig zu erschweren.

Das Steuerkompromiß im Ausschuß angenommen.

Berlin, 11. März. In den vereinigten Steuerausschüssen des Reichstags wurde heute der als Initiativantrag von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten eingebrachte Gesetzentwurf über die Aenderung im Finanzwesen, das sog. Mantelgesetz, beraten. Abg. Pachnicke (Dem.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zum Mantelgesetz. Die Modalitäten der Zwangsanleihe werde ein besonderes Gesetz bestimmen. Abg. Bernstein (Soz.) vermißte im Gesetzentwurf die allerdings schwer zu definierenden Termine für die Einführung der Zwangsanleihe. Abg. Helfferich (DN.) erklärte, daß seine Fraktion erst im Plenum werde endgültig Stellung nehmen können, da der Gesetzentwurf ihr erst jetzt zugegangen sei. Seine Fraktion sei gegen das Gesetz. Abg. Henke (USP.) verwies kurz auf die ablehnende Stellungnahme seiner Partei. Abg. Becker (Hessen), DV., stellt gegenüber Presseäußerungen fest, daß seine Partei die Bedingungen sich nicht aus der Hand winden lasse, unter denen das Kompromiß geschlossen wurde und verwies auf die Zustimmung des Reichskanzlers in seiner Erklärung über die Vorschläge der Deutschen Volkspartei, die die Grundlagen des Kompromisses abgeben würden. In der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen von den vereinigten Steuerausschüssen angenommen.

Dr. Hermes' Verwahrung gegen den Vorwurf des Amtsmißbrauchs.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, die in dem Schreiben der Reichstagsfraktion der USPD. an den Kanzler enthaltene Verdächtigung eines Amtsmißbrauchs müsse er mit aller Entschiedenheit als jeder Grundlage entbehrend zurückweisen. Er habe wegen Verleumdung Strafantrag gegen die „Freiheit" gestellt. Das bevorstehende Gerichtsverfahren werde vollständige Aufklärung aller in Betracht kommenden Punkte bringen. Er rechne mit einer beschleunigten Durchführung des Verfahrens.

Rechtfertigung für Dr. Hermes.

Berlin, 11. März. Amtlich wird gemeldet, daß nach einer genauen Prüfung festgestellt worden ist, daß keinerlei Bevorzugung des Winzerverbandes durch Dr. Hermes stattgefunden hat. Dieser Winzerverband erhielt seinen Zucker genau zu den gleichen Bedingungen wie der pfälzische Winzerverband und der rheinhessische. Letzterer erhielt sogar doppelt so viel wie der Winzerverband für die Mosel und Saar.

Der Reichsausschuß zur Untersuchung der gegen den Minister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe hat einstimmig beschlossen, seine Untersuchung auf die neuerlich erhobenen Vorwürfe gegen Dr. Hermes wegen der Weinlieferungen eines Winzerverbandes an ihn auszudehnen. Der Minister stimmte diesem Beschluß zu.

Kapps Antrag auf freies Geleit abgelehnt.

Von zuständiger Seite erhalten wir den Wortlaut des von Kapp gestellten Antrags auf freies Geleit und Verschonung von der Untersuchungshaft. Es heißt darin: „Hiermit beantrage ich auf Grund der Paragraphen 117 ff. und 337 der St.P.O. gegen Stellung einer Sicherheit von 100 000 M. und gegen Uebernahme der Verpflichtung, sich jederzeit zur Verfügung der Gerichte zu halten, mir freies Geleit und Verschonung von der Untersuchungshaft unter Abstandnahme von jeder Durchsuchung meiner Person und meines Reisegepäcks bei Uebertritt über die deutsche Grenze und während meines Aufenthaltes in Deutschland bis zum Abschluß des Hauptverfahrens, sowie von der Beschlagnahme bei mir geführten Reiseeffekten, Bücher und Schriftstücke in dem genannten Zeitraum, jedoch unbeschadet der zollamtlichen Bestimmungen zusichern." Dieser Antrag Kapps ist auf Antrag des Oberreichsanwalts durch Beschluß des Untersuchungsrichters abgelehnt worden, weil allein die bedingungslose Gestellung des Angeschuldigten als der Sachlage entsprechend erachtet werden kann und im übrigen die Gründe für den Erlaß des Haftbefehls fortdauern.

340 Disziplinarverfahren infolge des Eisenbahnerstreiks.

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums ist von den kündbar angestellten Beamten im Gebiet der Reichsbahnen etwa 350 Beamten das Dienstverhältnis wegen schwerer Verfehlungen beim Streik gekündigt worden. Außerdem schwebt das formale Disziplinarverfahren derzeit gegen etwa 340 unkündbar angestellte Beamte. Bedauerlicherweise ist die Zahl der Beamten, die sich nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung schwerer Verletzungen der Beamtenpflichten schuldig gemacht haben, so groß, wie es den obigen Angaben entspricht. Andererseits sind die Zahlen geeignet, das Märchen von dem Racheseldzug des Reichsverkehrsministers gegen die Reichsgewerkschaft endgültig zu zerstreuen. Die Disziplinarverfahren werden, wie der Reichsverkehrsminister von vornherein angeordnet hat, mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Ablehnung des deutschen Protestes der Petersdorfer Bluttat.

Die deutsche Note, die die deutsche Regierung seinerzeit an die Interalliierte Kommission in Sachen des erschossenen Polizeiwachtmeisters Rösenberg richtete, ist von dieser in ablehnenden Sinne beantwortet worden. Die Kommission stellt sich auf den formalen Rechtsstandpunkt, daß im besetzten Gebiet Oberschlesiens die Interalliierte Kommission allein zuständig sei, jedoch hat sie mitgeteilt, daß sie bereit sei, an die Hinterbliebenen des Polizeiwachtmeisters eine Entschädigung zu zahlen. In den an Polen abzutretenden Gebieten kann man ein Wiederaufleben des Terrors feststellen.

Eine Fälschung des „Temps".

Das „Berliner Tageblatt" hatte aus dem Temps" bisher neue, unbekannte Dokumente veröffentlicht, aus denen das Pariser Blatt eine Schuld Deutschlands am Kriege zu konstruieren versuchte. Die Dokumente sollten bayerischen Ursprungs sein. Nun stellt es sich heraus, daß der „Temps" die von dem bayrischen Abgeordneten Dirr in den „Süddeutschen Monatsheften" veröffentlichten Dokumente über Eisners Außenpolitik in der für die französische Mentalität entsprechenden Form umgearbeitet und gefälscht hat. Das Ergebnis über die Untersuchungen des Abgeordneten Dirr ist schon seit Wochen veröffentlicht und im Buchhandel zu haben.

Ausland.

Budapest, 11. März. Bei der Polizei in Steinamanger sind 2 Männer eingeliefert worden, von denen auf dem einen die Personenbeschreibung eines der Mörder Erzbergers paßt. Die Verhafteten leugnen, doch gibt der eine zu, daß er nach Kirschau in Deutschland zuständig sei. Die beiden sollen nach Budapest gebracht werden.

Warschau, 11. März. In der Wilnaer Frage erklärte Ministerpräsident Ponikowski dem Landmarschall Trampczynski, von irgend welchen Konzessionen könne nicht die Rede sein. Der Einverleibungsakt müsse in dem von der Regierung beantragten Wortlaut unterzeichnet werden.

Paris, 11. März. Der Finanzausschuß der Kammer be-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

riet gestern in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Poincaré über den Antrag, Oesterreich einen Kredit von 55 Millionen Franken zu bewilligen. Im Laufe der Beratung verlangte der Abgeordnete Aubriot, daß die Forderung der Alliierten an Deutschland flüssig gemacht werde. Poincaré erklärte, die Regierung sei diesem Vorschlag grundsätzlich günstig gesinnt.

Paris, 11. März. „Agence Havas" meldet, daß die Finanzministerkonferenz in einem Kompromiß auf Grund des Planes einer internationalen Anleihe für Deutschland einen Ausweg aus den englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten suchen werde.

London, 11. März. Laut „Pall Mall and Globe" wird der Vizekönig von Indien, Lord Reading, zurücktreten, voraussichtlich aber erst nach der Abreise des Prinzen von Wales aus Indien. Nach einer amtlichen Meldung ist der indische Nationalistenführer Gandhi verhaftet worden. Die Blätter nehmen an, daß er deportiert werden wird.

Belgrad, 11. März. Deutschland hat sich bereit erklärt, an Serbien auf Rechnung der Reparationen 100 Bahnpostwagen zu liefern.

Wien als Hauptstadt eines Donaustaatenbundes.

Wie erinnerlich, weilte vor nicht allzu langer Zeit der tschecho-slowakische Außenminister Dr. Benesch in Paris. Dabei äußerte er sich über die zukünftigen Möglichkeiten Mitteleuropas folgendermaßen: Es besteht die Absicht, die Kleine Entente zu einem föderalistischen Staatenbund auszubauen, dem außer Südslavien, der Tschecho-Slowakei, Polen, Rumänien und Serbien auch Oesterreich-Ungarn und Bulgarien angehören sollten. Regierungssitz dieses Föderativstaates, der in Zoll, Währung, auswärtiger Vertretung und Heereswesen einheitlich organisiert sein soll, soll Wien werden. Als Exponent dieser Idee gilt Benesch. Das reichste Land in diesem Föderativstaat ist Böhmen und natürlich strebt Benesch die Hegemonie für sein Heimatland an. Man bedauert die Bezeichnung Kleine Entente, weil diese natürlich eine Spitze gegen das Deutschtum enthält, während man angeblich bestrebt ist, Deutschösterreich gleichwertig in den Föderativstaat aufzunehmen. Vielleicht hängt die beabsichtigte Gründung der amerikanischen Bank für Mitteleuropa hiermit zusammen. Weitergehende Pläne gehen dahin, aus diesem Föderativstaat einen europäischen Bund zu gestalten, der im Wesentlichen wirtschaftliche Ziele verfolgt. Den Hauptwiderstand gegen diese Pläne leistet Ungarn. (Ob wohl Oesterreich es über sich bringt, seinem durch ihn in den Krieg gezogenen Partner Deutschland die „Nibelungentreue" zu halten. (Schriftl.)

Belgische Eifersucht.

In einem Leitartikel des „Standard" wird den belgischen Delegierten von Genua der Rat erteilt, dafür zu sorgen, daß Belgiens Handel sich frei entwickeln kann. Vor allem müsse Frankreich seine Schutzzollpolitik aufgeben, durch die es den belgischen Handel unterdrücke. Belgien sei durch die französische Politik mit seinen Erzeugnissen vom französischen Markt zurückgedrängt. Die Existenz der belgischen Industrie hänge davon ab, daß man in Genua alle Schlingen beseitige, die in Europa den freien Handel unmöglich machen.

Poincaré über die Aufgabe seiner Ministerpräsidentschaft.

Poincaré unterhielt sich kürzlich mit einer Delegation über innerpolitische Fragen, wobei auch die Kammerwahlen, die in zwei Jahren stattfinden werden, erwähnt wurden. Glauben Sie denn, daß ich dann noch am Ruder sein werde? rief Poincaré. Ich bin überzeugt, daß dies nicht der Fall sein wird. Mir war nichts daran gelegen, Minister zu werden, ich bin durch die Ereignisse dazu getrieben und gestoßen worden. Ich bin am Quai d'Orsay eingezogen, als ich es am allerwenigsten erwartete. Ich fand alles in Unordnung und versprach, wieder aufzuräumen. Wenn ich fertig bin, hoffentlicht schon in einigen Monaten, werde ich den Platz einem anderen überlassen. Sie verstehen, daß ich unter diesen Umständen mich nur mit der auswärtigen Politik befasse, mein Nachfolger wird sich mit der Innenpolitik plagen können. Ich werde früh genug abtreten, damit er die Wahlen noch vorbereiten kann.

Mobilisierung der deutschen Schulden.

Paris, 11. März. In der Havas-Meldung über den Stand der Arbeiter der alliierten Finanzminister-Konferenz heißt es u. a.: Neben der Aufnahme des Wiesbadener Abkommens ist offenbar ein Hauptergebnis der Konferenz die Vorbereitung einer sogenannten Mobilisation der deutschen Schuld auf dem Anleihewege. Darüber sind folgende Einzelheiten gegeben: Der englische Finanzminister hat die Anregung wiederholt, die er schon im letzten Dezember in London vor Lloyd George und Loucheur gemacht hat, daß man die deutsche Reparationsschuld in zwei Teile teilt. Die Reparationsschuld beträgt 135 Milliarden Goldmark. Der eine Teil, und zwar 65 Milliarden Goldmark, der der Gesamtsumme der interalliierten Anleiheschulden entspricht, wird gewissermaßen beiseite gestellt. Dieser Betrag wird von Deutschland nur gefordert werden, wenn Amerika die Rückzahlung seiner Guthaben fordern wird, so daß diese 65 Milliarden Goldmark eine Art Bürgschaft für die amerikanischen Guthaben in Europa wären. Der zweite Teil, ungefähr 70 Millionen Goldmark, würde dagegen mobilisiert werden in Form einer Anleihe, und zwar so kurzfristig wie möglich. Etwa 10 bis 15 Jahre müßten genügen. Die interalliierte Finanzkonferenz hat sich beeilt, die Reparationskommission anzuregen, auf Grund dieses englischen Vorschlags, die Frage der Mobilisierung der deutschen Schulden vorzubereiten und für die Anleihe Deutschlands bestimmte Sicherheiten, zum Beispiel die Zolleinnahmen, vorzusehen. Man nimmt an, daß schon in den nächsten Tagen die Frage Fortschritte macht und der „Petit Parisien" sieht sogar eine neue Konferenz in dieser Angelegenheit voraus, und zwar in etwa 14 Tagen.

Anforderung der amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 11. März. Gestern, am fünften Tage der interalliierten Finanzminister-Konferenz, hat der amerikanische Delegierte Boyden, der als amerikanisches Mitglieder der Reparationskommission an der Konferenz teilnimmt, aus Anlaß der Verhandlungen über die Besatzungskosten im Rheinland im Auftrag der amerikan. Regierung sofortige Zahlung eines Teils der für den Unterhalt der amerikanischen Garnisonen im Rheinland ausgegebenen Summe verlangt, und zwar 240 Millionen Goldmark, während der Rest später zu bezahlen wäre. Die gesamte Summe der amerikanischen Besatzungskosten beträgt allein bis zum 1. Mai 1921 966 Millionen Goldmark, während der Betrag bis zum Konferenzbeginn sich nach dem „Echo de Paris" auf 1200 Millionen Goldmark belaufen soll. Die amerikanische Forderung kam unerwartet, wenn auch schon gestern in einer Neuyorker Meldung auf die Absicht des Präsidenten Harding hingewiesen worden ist. Boyden hatte die ersten Tage seelenruhig zugehört, ohne die merikanische Forderung anzukündigen. (Die amerikanische Forderung bedeutet zweifellos eine neue Belastung zu ungunsten Deutschlands. Schriftl.)

Rückfrage der alliierten Finanzminister bei ihren Regierungen.

Paris, 11. März. Da die alliierten Finanzminister der Ansicht sind, daß die Denkschrift der amerikanischen Regierung eine neue Auslegung des Versailler Vertrages darstelle, der von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht durchgeführt worden ist, haben sie beschlossen, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden.

Rückkehr der Sowjets zur Terror-Politik trotz Genua.

Berlin, 11. März. Lenin, der von seiner Krankheit genesen ist, möchte, wie er in seiner Rede betonte, in Genua Lloyd George persönlich gegenüberstehen. Ueber die Menschewisten sagte Lenin in derselben Rede, die Sowjetregierung hätte sie seinerzeit mit dem Terror bekämpft und werde, wenn erforderlich, wieder zum Terror greifen. Was den neuen Sowjetkurs betreffe, so könne er mit voller Bestimmtheit sagen, daß der angetretene wirtschaftliche Rückzug bereits eingestellt werden könne und müsse.

Kriegsvorbereitungen gegen Rußland.

Zu den alarmierenden Gerüchten des Pariser „Journal" und des italienischen „Paese" über Kriegsvorbereitungen gegen Rußland, verlautet aus der Umgebung des Prager Vertreters einer westlichen Großmacht, daß in letzter Zeit große Transporte von Militärgut auf der Donau schwimmen. Das Militärgut soll aus österreichischen Kriegsbeständen stammen, die vor kurzem von einer Macht aufgekauft worden sind. Der Prager „Benkov" weist heute, unter Wiedergabe verschiedener Meldungen über die bevorstehende Aktion an der russischen Grenze, auf den großen Ernst der Lage hin und meint, die Folgen einer solchen Explosion im Osten wären für Europa unübersehbar. In den Kreisen der russischen Kolonie werde der Aufenthalt Wrangels in Südslavien besprochen.

Die ernste Lage in Südafrika.

London, 10. März. Ein Telegramm aus Johannesburg meldet, daß nach Eintreffen neuer Truppen Gefechte zwischen den Streikenden und dem Militär stattgefunden hätten. Die englischen Flieger, die mit Maschinengewehren die Streikenden beschossen, töteten sechs Mann und verwundeten eine große Anzahl. Die Streikenden flüchteten größtenteils in unterirdische Höhlen und Minen, wo sie die Verteidigung fortsetzten. Das Militär trifft Vorbereitungen, die Flüchtlinge festzunehmen. In einigen Minen sind durch Dynamitanschläge große Schäden angerichtet worden. Die Streikenden beginnen, die Gruben in die Luft zu sprengen; das Lynchgesetz ist in Kraft getreten.

Paris, 11. März. Einer Reutermeldung aus Johannesburg zufolge haben die Radikalen des östlichen und westlichen Grubengebietes die Regierungsgewalt an sich gerissen. Ein Postzug wurde bei Kapstadt zur Entgleisung gebracht. Zwischen Weißen und Schwarzen kam es bereits zu Zusammenstößen. General Smuts erklärte, daß die Lage in Südafrika noch nie so ernst gewesen sei, wie in diesen Tagen.

London, 11. März. Die Nachrichten aus dem südafrikanischen Streikgebiet lauten sehr ernst. Am Morgen kam es in Benoni, im östlichen Teile des Rundgebietes zu lebhaften Kämpfen; Flugzuege und Maschinengewehre nahmen daran teil. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Streikenden haben die Arbeiterzentrale in Johannesburg mit Sandsäcken barrikadiert. Später kam es in Johannesburg zu Kämpfen mit einem Kommando der Streikenden von Fordsburg. Nach den bisherigen Meldungen sind vier Polizisten und 13 Streikende verwundet und ein Streikender getötet worden. Nach einer bisher noch nicht bestätigten Blättermeldung hatten die Streikenden das Bergwerk Kerakpan angegriffen und hierbei neun Hilfspolizisten, sowie den Direktor des Werks getötet. In Hewland seien 24 Polizisten gefangen genommen worden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 13. März. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins Neuenbürg und Umgebung, in der als einziger Gegenstand die Erwerbung eines Anwesens zu Lager-, Laden- und Bürozwecken auf der Tagesordnung stand, wurde mit 146 gegen 16 Stimmen und einer Enthaltung der Ankauf des Gasthofs zum „Anker" einschl. des gesamten Wirtschaftsinventars zum Preise von 650 000 M. beschlossen. Der Verein plant den Ausbau zu einem Bezirksverein mit der Zentrale in Neuenbürg. Auf den Verlauf der Versammlung kommen wir noch zurück.

Württemberg.

Stuttgart, 11. März. (Das neue Landeswappen.) Das neue Wappen von Württemberg ist nunmehr zur Verwendung bei allen amtlichen Dienstsiegeln und -stempeln bekanntgegeben und den Behörden anheimgestellt worden, es zu führen, und zwar die Ministerien und obersten Landesbehörden das volle Wappen, die übrigen Behörden den Schild allein. Für die Umschrift sind in der Regel deutsche Schriftzeichen zu verwenden.

Stuttgart, 11. März. (Der Streit in der Metallindustrie.) Die Metallarbeiter zahlreicher Betriebe im ganzen Lande haben für nächsten Freitag die Arbeit gekündigt.

Stuttgart, 11. März. (Postscheckverkehr in Württemberg.) Die Zahl der Postscheckkunden betrug Ende Februar 29 185, das sind gegen Januar mehr 525. Von dem Umsatz (6,365 Milliarden Mark) sind 5,297 Milliarden Mark bargeldlos beglichen worden. Das Guthaben der Postscheckkunden stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 498 Millionen Mark.

Stuttgart, 12. März. (Spar- und Konsumverein.) Der Reingewinn des Spar- und Konsumvereins im Jahre 1921 betrug aus der zweiten Hälfte des Jahres 1921 1 945 798 M., der folgendermaßen verteilt werden soll: Den Geschäftsguthaben 4 Proz. Zinsen für das Jahr, gleich 32 213,61 M., 800 000 Mark an den Baufonds, 500 000 M. an den Reservefonds, 450 000 M. dem Unterstützungsfonds, 82 750 an das Pferdeversicherungskonto und 80 835,03 M. als Vortrag auf neue Rechnung. Der Umsatz im ganzen betrug beinahe 54 Millionen.

Ulm, 11. März. (Vom Saalbau.) Die zwischen Stadt und Saalbauverein seit längerem geführten Verhandlungen wegen Uebergangs des Saalbaus auf die Stadt konnten bis jetzt zu keinem Ergebnis führen. Es ist aber nunmehr eine Lösung gefunden, die zweifellos allgemeine Billigung erfahren wird. Auf Wunsch der Stadtverwaltung hat sich die Gewerbebank Ulm e. G. m. b. H. bereit erklärt, bis zum 1. Mai d. J. die Aktien des Saalbauvereins Ulm zum Preis von 1400 M. das Stück zu übernehmen. Eine Aenderung der Zweckbestimmung des Saalbaus ist nicht beabsichtigt und es sind auch Vorkehrungen getroffen, daß derselbe erhalten bleibt.

Ravensburg, 10. März. (Zeitungsnot.) Wie die hiesige Volkszeitung von zuverlässiger Seite erfährt, soll mit dem neuen Quartal die hier erscheinende „Oberschwäbische freie Presse" infolge Unrentabilität ihr Erscheinen einstellen.

Friedrichshafen, 10. März. Die frühere Königsyacht „Konwiramur" ist laut Seeblatt von Ingenieur Braun erworben worden. Sie wird angeblich den See verlassen und in der Schweiz nach Konstanza am Schwarzen Meer verfrachtet.

Baden.

Bruchsal, 11. März. (Bluttat.) In Unteröwisheim wurde der 25jährige Wilhelm Höpfinger in seinem Weinberg erschossen aufgefunden. Wegen Mordverdachts wurde der 56 Jahre alte Bauer Heinrich Frey verhaftet. Seine Söhne wollten ihn aus dem Ortsarrest befreien, schlugen die Türe zum Rathaus ein und eröffneten eine blinde Schießerei. Ein Gendarm erwiderte das Feuer, verletzte den alten und einen jungen Frey, auch ein Gendarm erhielt einen Streifschuß. Die beiden Söhne wurden nun auch verhaftet.

Durlach, 10. März. Zu der in württembergischen Zeitungen erschienenen Nachricht, daß dem Kaufmann Simon Moses von Königsbach auf einer Eisenbahnfahrt eine Million Mark in Tausendmarkscheinen gestohlen worden sei, wird mitgeteilt, daß diese Meldung sich nicht bestätigt.

Engen, 10. März. Der wegen des Raubmordversuchs verdächtige Dienstknecht Leopold Butscher aus Ursprung, der hiesige Amtsgefängnis eingeliefert wurde, ist von der Staatsanwaltschaft in Konstanz wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Gundelfingen (A. Freiburg), 8. März. In einer der letzten Nächte wurde der hier wohnhafte 61jährige Landwirt Jos. Gg. Rudling auf dem Nachhauseweg von einem jüngeren Mann überfallen, zu Boden geschlagen und seiner Brieftasche mit 2100 Mark beraubt. Als mutmaßlicher Täter ist der 30jährige Landwirt Hermann Lapp verhaftet worden, jedoch bestreitet dieser die Wegnahme des Geldes. Bei dem Ueberfallenen wurde in letzter Zeit wiederholt eingebrochen, weshalb er den größten Teil des zu Hause aufbewahrten Bargeldes bei seinen Ausgängen stets zu sich steckte.

Lörrach, 9. März. Seitens der Staatsanwaltschaft Lörrach wurden in den Monaten Januar und Februar 1922 fast ausschließlich wegen Schmuggels besonders von Uhren im Strafverfahren beim Amtsgericht Lörrach folgende vom Gericht auch festgesetzte Strafen in 420 Fällen beantragt: 8 991 Mark Geldstrafe mit Einziehung von 139 619 Mark, 390 Mark und 140 Franken in Gold sowie Wertersatzstrafen im Betrag von insgesamt 524 561 Mark. Außerdem an Freiheitsstrafen 139 Wochen, 221 Tage Gefängnis und 285 Tage Haft. Ferner wurden zahlreiche Waren und Wertgegenstände, darunter in den letzten Tagen des Februar allein für 1 Million Mark Uhren zugunsten des Reichs zur Verfallerklärung gebracht.

Weinheim, 10. März. Auf Gewann Kapellenacker sollte heuten heute vormittag in der dortigen Fabrik schlosserei eine leere, eiserne Benzinfasser mit Zapfhahnen versehen werden. Als ein Arbeiter mit brennender Lötlampe vorbeiging, explodierte plötzlich eines der Fässer, in welchem sich Benzindämpfe entwickelt hatten. Der 10 Pfund schwere Deckel des Fasses traf dem in der Nähe arbeitenden Schlosser Philipp Bleßing am hier an den Kopf und zerschmetterte ihm die Hirnschale. Der Verunglückte, der 27 Jahre alt und jung verheiratet ist, wurde in hoffnungslosem Zustande dem hiesigen Krankenhause zugeführt.

Vermischtes.

Erhöhte Belohnung. Die Belohnung auf die Auffindung des Kopfes des in Leipzig ermordeten Kurschnermeisters Gerrad ist von 1500 auf 3000 M. erhöht worden.

Butter- und Eierpreise im Norden. Dem „Lübecker Generalanzeiger" wird vom Lande berichtet, daß die Landleute gute Butter das Pfund mit 32 Mark und Eier das Stück mit 1,80 Mark verkauft haben. Es scheine, heißt es dort, daß die Preise in nächster Zeit noch ganz bedeutend zurückgehen werden, da das Auslandsangebot größer geworden sei.

Die erste Fahrt des „Bismarck". Der für die Hamburg-Amerika-Linie auf der Werft von Blohm & Voß erbaute Dampfer „Bismarck", der größte Dampfer der Welt, tritt, englischen Meldungen zufolge, am 10. Mai seine erste Ausreise nach Neuyork von Southampton an. Der Dampfer ist auf Grund des Friedensvertrages von der White Star Line übernommen worden und wird in Zukunft den Namen „Majestic" führen.

Angebot in Scharfrichtergehilfen. Ungarn suchte einige Scharfrichtergehilfen. Man sollte meinen, daß für das schauerliche Handwerk des Scharfrichters sich schwer jemand finden ließe. Gefehlt. Zwei Tage nach der Ausschreibung hatten sich bereits 22 Bewerber gemeldet, darunter Angehörige der verschiedensten Berufe.

Millionendiebstahl. In der Landwirtschaftlichen Bank in Warschau wurden Juwelen im Betrag von 200 Millionen Mark gestohlen.

Pakete nach Amerika. Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika beklagt sich darüber, daß in Pakete aus Deutschland häufig berauschende Getränke enthalten seien, deren Einfuhr verbot ist. Derartige Flüssigkeiten werden in Amerika beschlagnahmt und vernichtet.

Eine historische Guillotine. Das Pariser Carnavalet-Museum erhielt von einem belgischen Sammler ein Geschenk, bestehend in dem Fallbeil einer Guillotine. Es soll dies das Fallbeil sein, mit dem Ludwig XVI., Marie Antoinette, Robespierre und viele tausend andere enthauptet wurden. Das Fallbeil befand sich lange Zeit im Besitze der Familie Samsons, des berühmten Henkers der französischen Revolution, und kam dann durch Kauf an den Sammler.

Handel und Verkehr.

Ulm, 11. März. Der Pferdemarkt war gut befahren; der Handel lebhaft. Es kosteten junge Zugpferde 40- bis 55- Mark, schwerere ältere Zugpferde 8- bis 18 000 M., junge Pferde mittleren Schlags 30- bis 40 000 M., ältere Pferde mittleren Schlags 8- bis 15 000 M., Fohlen 1- bis 2jährig 15- bis 30 000 M.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Große Schwankungen der Devisenkurse charakterisierten die Lage des Geldmarktes in dieser Woche. Der amerikanische Dollar ging zeitweise über 260 M. hinauf, schloß aber knapp mit 250, nach dem letzten amerikanischen Funkspruch sogar mit 244, also genau wie vor 8 Tagen. Die Ursache dieser lebhaften Schwankungen blieb teils auf spekulativem Gebiete, teils an der Absage der amerikanischen Regierung wegen Beschickung der Konferenz von Genua, teils auch an Gerüchten, daß Rathenau doch noch Aussichten besitze, Deutschland eine Erleichterung in Genua zu verschaffen. 100 deutsche Mark kosteten am 9. März in Zürich 2,06 (am 2. März 2,14) Franken; in Amsterdam 1,03¼ (1,08) Gulden; in Kopenhagen 1,92 (1,9[illegible]), in Stockholm 1,55 (1,65) Kronen; in Wien 2684,50 (2784,50), in Prag 2487,50 (2535,50) Kronen und in Neuyork 0,41 (0,4[illegible]) Dollar.

Börse. Fallende Devisenkurse, fallende Börsenkurse. Das ist allmählich zum Dogma geworden; sobald unsere internationale Geltung in Form der Valuta sich zu bessern beginnt, fängt die Stimmung an den deutschen Börsen an, sich zu verschlechtern. Bankaktien, Textilwerte, Maschinenpapiere, Montanpapiere, kurz alles, fing zum Schluß der Berichtswoche zu fallen an und büßte mehr als die Kursgewinne ein, die in den letzten acht Tagen erzielt worden waren. Offenbar ist aber auch ein großer Teil des Publikums mit Spekulationen übersättigt. Württ. Staatsobligationen sogar auf 81 erholt.

Produktenmarkt. Anfangs der Woche gab es eine stürmische Hausse in Landesprodukten aller Art, mit sprunghaften Aufwärtsbewegungen. Dann wurde die Stimmung etwas ruhiger und die Spekulationskäufe ließen nach. Gegen den Stand vor acht Tagen ist immer noch ein erheblicher Preisaufschlag zu verzeichnen. Am 9. März notierten in Berlin Weizen 660 bis 665 (plus 40), Roggen 505 bis 506 (plus [illegible] bis 30), Gerste 520 bis 525 (plus 70), Hafer 470 bis 475 (plus 50), Mais 430 (plus 30) Mark. An der letzten Stuttgarter Landesproduktenbörse ist Heu wiederum um 40 M. auf 440 bis 460 M. und Stroh weiter um 10 M. auf 160 bis 170 M. für den Doppelzentner gestiegen.

Warenmarkt. Da und dort hört man die Hoffnung laut werden, daß auf dem Warenmarkt ein großer Preisaufschlag nahe bevorstehe. Wir vermögen dafür noch keine bestimmten Anzeichen zu erkennen, es wäre denn, daß der deutsche Markkurs im Ausland sich noch ganz anders erholte, als während der letzten 48 Stunden. Vorläufig zeigt sich im Gegenteil überall ein weiteres Anschwellen der Teuerungswelle.

[illegible]

[illegible] Bochum, 13. März. [illegible] Uhr früh von Bochum [illegible] hinter der Station [illegible] Arbeiter, die das Herannahen des Nebels nicht bemerkten, wurden getötet und mehrere verletzt.

Spandau, 13. [illegible] mit einem Sprengkörper [illegible] 4 Knaben [illegible] daß sie ins Krankenhaus [illegible] Herkunft des Sprengkörpers [illegible]

Berlin, 13. März. [illegible] ist ein südafrikanischer [illegible] Vorräte im Werte von [illegible] Freihafen lagern hat, in [illegible] Schwindel zum [illegible] ein angeblich [illegible] Kaufmann in Verbindung [illegible] seiner Baumwolle [illegible] Verkaufs wurden einige [illegible] der angeblich Prinz [illegible] angeblich zum Raub [illegible] an einem Samstag [illegible] geschlossen waren [illegible] bei sich hatte, [illegible] Summe als Reisemittel [illegible] Depesche, in der der [illegible] nach Leipzig meldete. [illegible] dem persischen Konsulat [illegible] Prinzen dieses Namens [illegible] Polizei stellte fest, daß [illegible] wo sich seine Spur [illegible] ihm ausgehändigten [illegible] wird.

Tondern, 11. März. [illegible] wurden 8 [illegible] gewählt. Unter [illegible] bleibt also eine deutsche [illegible]

Flensburg, 12. [illegible] bekannten Bahnknoten [illegible] 298 Stimmen ([illegible] Sitze) und die Sozialdemokratie [illegible] deutsche Partei hat [illegible]

Wien, 13. März. [illegible] christlich-Sozialen und [illegible] Arbeitsgemeinschaft [illegible] der Parteiführer [illegible] wie die Blätter [illegible] Verständigung geführt [illegible] man danach mit einer [illegible] die Deutsche Bauernpartei [illegible] werden, sowie [illegible] Kabinetts auf parlamentarischer [illegible] die Teilnahme [illegible] von Vorarlberg [illegible] vor, in dem sie [illegible] Bundeskanzler für [illegible] vermuten.

Wien, 11. März. [illegible] unter Vorbehalt meldet [illegible] der österreichischen [illegible] daß er nicht in der [illegible] englischen Kreditvorschlägen [illegible] Parteien über ihre [illegible]

Bukarest, 12. März. [illegible] Ergebnissen der [illegible] Regierung und [illegible] worden. Von den [illegible] sind 6 für die liberale [illegible] zwei Drittel der [illegible] scheint die Annahme [illegible] Averescu ist gewählt [illegible] (Liberal), dagegen ist [illegible] konservativen und die Kom[illegible]

Athen, 11. März. [illegible] Frauenfrage erklärte [illegible] der Abstimmung [illegible] Er bitte die National[illegible] Bildung des neuen Ka[illegible]

Paris, 13. März. [illegible] gemeldet, daß die alliierten [illegible] beschlossen, in etwa 14 [illegible] der Genueser Konferenz [illegible] die Vorschläge der Re[illegible]

Cannes, 12. März. [illegible] Rasia von Mecklenburg [illegible] von Dänemark und [illegible] gestorben.

Lissabon, 11. März. [illegible]

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gestohlen worden sei, wird
nicht bestätigt.
gegen des Raubmordversuchs
Lutscher aus Urspring, der
liefert wurde, ist von der Sta
der auf freien Fuß gesetzt wor
rg) 8. März. In einer der
ohnhafte 61jährige Landwirt J
hausweg von einem jünger
geschlagen und seiner Brieft
mutmaßlicher Täter ist der
verhaftet worden, jedoch be
Geldes. Bei dem Ueberfallen
polt eingebrochen, weshalb er
aufbewahrten Bargeldes bei sei

is der Staatsanwaltschaft Lör
nuar und Februar 1922 fast a
besonders von Uhren im Stra
richt Lörrach folgende vom
in 420 Fällen beantragt: 8 691
ung von 139 619 Mark, 390 W
owie Wertersatzstrafen im Ge
t. Außerdem an Freiheitsstra
gnis und 285 Tage Haft. Fer
nd Wertgegenstände, darunter
nar allein für 1 Million M
ur Verfallerklärung gebracht.
Auf Gewann Kapellenäcker sol
der dortigen Fabrikschlosserei
mit Zapfhähnen versehen werde
nder Lötlampe vorbeiging, e
ier, in welchem sich Benzindäm
und schwere Deckel des Fasses
n Schlosser Philipp Bleßing
metterte ihm die Hirnschale.
lt und jung verheiratet ist, wurde
dem hiesigen Krankenhause zu

nischtes.

ie Belohnung auf die Auffind
rmordeten Kurschnermeisters
erhöht worden.

im Norden. Dem „Lübecker
ande berichtet, daß die Landle
32 Mark und Eier das Stück
Es scheine, heißt es dort, daß
ganz bedeutend zurückgehen
großer geworden sei.

ismarck". Der für die Hamba
rft von Blohm & Voß erba
größte Dampfer der Welt, tritt,
am 10. Mai seine erste Ausr
rtpton an. Der Dampfer ist
es von der White Star Line
n Zukunft den Namen „Majes

rgehilfen. Ungarn suchte ein
olite meinen, daß für das scha
ichters sich schwer jemand fin
e Ausschreibung hatten sich berei
ter Angehörige der verschieden

der Landwirtschaftlichen Bank
im Betrag von 200 Millio

Die Postverwaltung der Verein
klagt sich darüber, daß in Pak
auschende Getränke enthalten
Derartige Flüssigkeiten werden
vernichtet.

e. Das Pariser Carnavalet-M
ischen Sammler ein Geschenk,
er Guillotine. Es soll dies
g XVI., Marie Antoinette, Rob
ere enthauptet wurden. Das Fa
Besitze der Familie Samsons,
anzösischen Revolution, und
ammler.

und Verkehr.

ferdemarkt war gut befahren;
junge Zugpferde 40- bis 55
pferde 8- bis 18 000 M., jüng
bis 40 000 M., ältere Pferde m
M., Fohlen 1- bis 2jährig 15-

Wochenrundschau.

Schwankungen der Devisenk
Geldmarktes in dieser Woche.
itweise über 260 M. hinauf, sch
letzten amerikanischen Funksp
e vor 8 Tagen. Die Ursache die
eb teils auf spekulativem Gebie
erikanischen Regierung wegen
Genua, teils auch an Gerücht
chten besitze, Deutschland eine
schaffen. 100 deutsche Mark kosten
(am 2. März 2,14) Franken;
lden; in Kopenhagen 1,92 (1,
nen; in Wien 2884,50 (2784,50)
nen und in Neuyork 0,41 (0,

senkurse, fallende Börsenkurse.
worden; sobald unsere internat
saluta sich zu bessern beginnt, für
chen Börsen an, sich zu verschle
rte, Maschinenpapiere, Mont
Schluß der Berichtswoche zu fa
Kursgewinne ein, die in den
en waren. Offenbar ist aber
ms mit Spekulationen übersätt
wieder die Anlagepapiere, 4pr
ogar auf 81 erholt.
Anfangs der Woche gab es e
produkten aller Art, mit spru
. Dann wurde die Stimmu
kulationskäufe ließen nach.
gen ist immer noch ein erheblic
. Am 9. März notierten in B
40), Roggen 505 bis 506 (plus
(plus 70), Hafer 470 bis 475 (
Mark. An der letzten Stutgar
wiederum um 40 M. auf 440
um 10 M. auf 160 bis 170 M.

und dort hört man die Hoffnu
Warenmarkt ein großer Preisri
r vermögen dafür noch keine
en, es wäre denn, daß der deut
auch ganz anders erholte, als
Vorläufig zeigt sich im Gegen
wellen der Teuerungswelle.

reisschraube ist in den letzten acht Tagen wieder kräftig an-
gezogen worden. In Kohle, Eisen und sämtlichen Erzeugnissen,
Textilwaren, Häuten, Leder, Schuhen und Lebensmitteln aller
Art. Die einzelnen Zahlen zu nennen verlohnt schon nicht
mehr, weil sie ja doch nur wenige Tage lang gelten. Die Ge-
stehungskosten auf allen Gebieten der Warenerzeugung nehmen
fortwährend zu. Solange hier keine Wendung eintritt, kann auch
von einem Preisabbau keine Rede sein.

Viehmarkt. Auch diese Woche brachte weiterhin an-
haltende Preise. Das Land ist voll von Vieh, aber es geht
wenig über die Grenze; man braucht nur das Treiben auf
dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt aus der Nähe zu betrach-
ten. Die letzten Pferde- und Viehmärkte auf dem Lande zeig-
ten feste Preise für Nutz- und Zuchttiere.

Holzmarkt. Die starke Nachfrage nach Brennholz, Bau-
holz und Brettern ist zu beständig weiter steigenden Preisen
kaum zu befriedigen. Auch auf den Versteigerungen herrscht
Haussestimmung an. Sie wird zum Teil begünstigt durch
die Tatsache, daß unsere Staatsforstverwaltungen im Reiche
große Holzlieferungen an die Entente als Reparationsleistung
übernehmen mußten.

Neueste Nachrichten.

Bochum, 13. März. Der Personenzug, der kurz nach
1 Uhr früh von Bochum abgeht, fuhr vorgestern unmittel-
bar hinter der Station Bochum-Präsident in eine Gruppe
Arbeiter, die das Herannahen des Zuges infolge des dichten
Nebels nicht bemerkten. Der Rottenführer und 4 Arbeiter
wurden getötet und mehrere Arbeiter verletzt.

Spandau, 13. März. Gestern spielten 4 Knaben
mit einem Sprengkörper. Dieser explodierte plötzlich und
sämtliche 4 Knaben wurden verletzt, 3 davon so schwer,
daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ueber
die Herkunft des Sprengkörpers konnte noch nichts ermittelt
werden.

Berlin, 13. März. Der „Berliner Montagspost" zu-
folge ist ein südafrikanischer Großkaufmann, der große Baum-
wollvorräte im Werte von rund 18 Millionen im Hamburger
Freihafen lagern hat, in einem Hamburger Hotel einem eigen-
artigen Schwindel zum Opfer gefallen. In demselben Hotel
wohnte ein angeblich persischer Prinz. Dieser trat mit dem
Kaufmann in Verbindung und kaufte ihm einen großen
Teil seiner Baumwollvorräte ab. Ueber den Abschluß des
Verkaufs wurden einige Dokumente gewechselt. Plötzlich be-
kam der angebliche Prinz eine Depesche aus Berlin, wodurch
er angeblich zum Reichspräsidenten gerufen wurde. Das
geschah an einem Samstag nachmittag, wo alle Banken be-
reits geschlossen waren. Da der „Prinz" nicht genügend
Geld bei sich hatte, lieh ihm der Kaufmann eine größere
Summe als Reisemittel. Nach einiger Zeit erhielt er eine
Depesche, in der der angebliche „Prinz" seine Weiterreise
nach Leipzig meldete. Nun erkundigte sich der Kaufmann
bei dem persischen Konsulat und erfuhr, daß es einen persi-
schen Prinzen dieses Namens überhaupt nicht gebe. Die
Polizei stellte fest, daß der Schwindler nach Prag abgefahren
ist, wo sich seine Spur verlor. Man nimmt an, daß er
die ihm ausgehändigten wertvollen Dokumente zu verkaufen
suchen wird.

London, 11. März. Bei der heutigen Stadtverord-
netenwahl wurden 8 Deutsche, 5 Dänen und 3 Sozialdemo-
kraten gewählt. Unter den letzteren ist ein Deutscher. Es
bleibt also eine deutsche Mehrheit.

Flensburg, 12. März. Bei der Wahl in Tingleff, dem
bekannten Bahnknoten in Nordschleswig, erzielten die Deut-
schen 298 Stimmen (4 Sitze), die Dänen 101 Stimmen
(1 Sitze) und die Sozialdemokraten 148 Stimmen (2 Sitze).
Die deutsche Partei hat sich also als die stärkste erwiesen.

Wien, 13. März. Die Verhandlungen zwischen den
Christlich-Sozialen und den Großdeutschen über die Bildung
einer Arbeitsgemeinschaft wurden vorgestern nach der Rück-
kehr der Parteiführer aus dem Burgenland fortgesetzt. Sie
sollen, wie die Blätter melden, im wesentlichen zu einer
Verständigung geführt haben. In politischen Kreisen rechnet
man danach mit einer bürgerlichen Regierungsmehrheit, der
auch die Deutsche Bauernpartei und der Abgeordnete Czernin
beitreten werden, sowie mit der baldigen Neubildung des
Kabinetts auf parlamentarischer Grundlage. Die Blätter
heben die Teilnahme des Christlich Sozialen Landeshaupt-
manns von Vorarlberg, Dr. Ender, an den Verhandlungen
hervor, in dem sie einen ernsten Anwärter auf den Posten
des Bundeskanzler für den Fall eines Wechsels in diesem
Amt vermuten.

Wien, 11. März. Wie die Wiener Allgemeine Zeitung
unter Vorbehalt meldet, hat der englische Finanzkontrolleur
Young der österreichischen Regierung zur Kenntnis gebracht,
daß er nicht in der Lage sei, irgend einen Betrag von den
englischen Kreditvorschüssen auszuzahlen, ehe sich nicht die
Parteien über ihre Verwendung geeignet hätten.

Bukarest, 12. März. Nach den bisher bekannt gewor-
denen Ergebnissen der Kammerwahlen sind 260 Anhänger
der Regierung und 97 oppositionelle Kandidaten gewählt
worden. Von den notwendigen gewordenen Stichwahlen
sind 6 für die liberale Partei aussichtsreich, die über mehr
als zwei Drittel der Kammersitze verfügen wird. Somit er-
scheint die Annahme der neuen Verfassung gesichert. Gene-
ral Averescu ist gewählt, ebenso Ministerpräsident Bratianu
(Liberal), dagegen ist Marghiloman unterlegen. Die Kon-
servativen und die Kommunisten erhielten kein einziges Mandat.

Athen, 11. März. Nach der Abstimmung über die Ver-
trauensfrage erklärte Ministerpräsident Gunaris, das Ergeb-
nis der Abstimmung zwinge die Regierung zurückzutreten.
Er bitte die Nationalversammlung, ihre Arbeiten bis zur
Bildung des neuen Kabinetts zu unterbrechen.

Paris, 13. März. Von einigen Morgenblättern wird
gemeldet, daß die alliierten Finanzminister gestern noch be-
schlossen, in etwa 14 Tagen, das heißt vor Zusammentritt
der Genueser Konferenz, nochmals zusammen zu kommen, um
die Vorschläge der Reparationskommission zu prüfen.

Cannes, 12. März. Die Großherzogin-Witwe Anna-
stasia von Mecklenburg-Schwerin, die Mutter der Königin
von Dänemark und der ehemaligen Kronprinzessin Cecilie,
ist gestorben.

Lissabon, 11. März. Hier wurden Bomben auf Straßen-
bahnwagen geworfen, die wegen des Straßenbahnerstreiks
von Soldaten geführt wurden.

Johannesburg, 12. März. Die Verluste bei den vor-
gestrigen Kämpfen werden auf 600 geschätzt, darunter 80 Tote.
Das Schießen dauert in den äußern Bezirken an. Die Lage
der Polizei wird als etwas gebessert angesehen. Eine Ab-
teilung schottischer Freiwilliger wurde von den Streikenden
überfallen, wobei 18 Soldaten getötet und 25 verwundet
wurden. Die heutigen Verluste übersteigen die Zahl von
100 Toten außer einer großen Anzahl Verwundeter. Im
Laufe des Tages haben erhebliche Kämpfe stattgefunden.
Flugzeuge bewarfen die Abteilungen der Streikenden zwei-
mal mit Bomben. Die Aufständischen, die durch die Bom-
ben getroffen wurden, hatten schwere Verluste. Aus Rache
begannen sie in Benoni und Becksburg Häuser in Brand zu
setzen.

Stegerwald in Stuttgart.

Stuttgart, 12. März. Am Sonntag sprach im großen
Saale des „Stadtgartens" der bekannte Gewerkschaftsführer,
Ministerpräsident a. D. Stegerwald, vor einer großen Ver-
sammlung über „Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Staat
und Wirtschaft". Der Redner behandelte nach Begrüßung
durch den Abg. Groß in zweistündigen interessanten Ausfüh-
rungen Fragen der Staatspolitik und der Wirtschaft. Nach
einem geschichtlichen Rückblick auf die Politik der Vorkriegszeit
bis zurück zu Bismarck zeigte er die Wege des Wiederaufbaues
in Staat und Wirtschaft. Die politische Gesinnung des deut-
schen Volkes müsse gelindert werden und ein staatsbejahendes
Verhältnis weitester Kreise gefunden werden. Die Gesinnung
dürfe nicht weltschwärmerisch, nicht partikularistisch, nicht
klassen- und nicht kastenpolitisch sein. Der Sozialismus als
Weiterlöser komme nicht mehr in Betracht. Nur durch eine
größere innere Einheit sei es uns möglich, eine Stellung in
der Welt zu erringen. Der deutsche Staat sei noch nicht fertig,
die Verfassungen seien nur Notdächer. Der organische Zusam-
menhang fehle. Der Staatsapparat sei zu kompliziert. Die
Revolution habe eine Entfesselung von Egoismus und Kapi-
talismus gebracht. Die wahre Demokratie fehle, die formale
sei wohl eingeführt. Demokratischer Parlamentarismus und
berufsständischer Gedanke, wie er im Reichswirtschaftsrat ver-
körpert sei, müßten zusammenarbeiten. Der nationale Staat
müsse gegen die Hochfinanz und das internationale Geld ein
Bollwerk bilden. Auch das politische Parteiwesen sei in seiner
Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Vor allem gelte es die
Einheit des Reiches, die vielmehr bedroht sei, als man ge-
meinhin glaube, zu festigen. Der deutsche Staat müsse einen
starken sozialen Einschlag aufweisen. Bezüglich der Wirtschaft
zeigte Stegerwald drei große Hauptaufgaben: Aenderung der
Reparationen, Ordnung des Reichshaushaltes, Festigung der
Mark und Sicherung unserer Ernährung. Besonders be-
leuchtete er noch die Gefahren, die der Einheit des Reiches
drohen. Alles müsse aufgeboten werden, um die Einheit zu
festigen. Die Weimarer Verfassung kann keinen Dauerzustand
darstellen. Ein überspannter Zentralismus muß in Deutsch-
land abgelehnt werden. Entscheidend ist, ob neben der Staats-
hoheit des Reiches auch den Ländern Staatshoheit gegeben
werden kann. Darüber muß Klarheit geschaffen werden, damit
das Reich bestehen kann. Mit der formalen Demokratie ist es
nicht getan. Die Fundamentierung des Staates ist noch nicht
erfolgt. Die Arbeitnehmer dürfen nicht nur mit Fragen der
Arbeitszeit und des Lohnes an den Staat herantreten. Es geht
nicht an, daß man nur Forderungen an den Staat stellt, man
muß ihm auch etwas geben. Man muß ihn im Volk funda-
mentieren. Der Redner erntete vielfach lebhaften Beifall, dem
der Abg. Groß noch besondere Dankesworte anfügte. Seitens
der Regierung wohnte Finanzminister Dr. Schall, Ministerial-
rat Schmucker und zahlreiche Abgeordnete dem Vortrag an.
Der Staatspräsident hatte ein Entschuldigungsschreiben ge-
sandt.

Tschechische Pläne an der bayerischen Grenze.

Die Fraktionen der bayerischen Mittelparteien und die
Fraktion der Deutschen Volkspartei im bayerischen Landtag
haben eine Interpellation folgenden Wortlauts eingebracht:
„Ist der bayerischen Staatsregierung bekannt, daß die Regie-
rung der Tschechoslowakei beabsichtigt, den bis jetzt in ge-
meinsamen Besitz von Bayern, Sachsen und der Tsche-
choslowakei befindlichen Bahnhof von Eger künftig allein in
Besitz zu bekommen; ebenso die Verwaltung der Bahnstrecke
Hof—Asch—Eger? Was gedenkt die bayerische Staatsregie-
rung zu tun, um die dadurch gefährdeten Interessen des
Deutschtums in Böhmen zu schützen?" Der bayerische Landtag
wird sich mit dieser Interpellation bereits am kommenden
Dienstag befassen.

Beratungen mit den Gewerkschaftsorganisationen.

Berlin, 11. März. Heute nachmittag fand in der Reichs-
kanzlei unter dem Vorsitz eines Beauftragten des Reichskanz-
lers eine Besprechung mit Bevollmächtigten der Gewerkschafts-
organisationen über die gestern abgebrochenen Verhandlungen
statt. Die Gewerkschaften stellten sich auf den Standpunkt, daß
die Regierung nicht berechtigt sei, Einfluß auf die Wahl der
Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen zu verlangen.
Der Regierungsvertreter erkannte es an sich als berechtigt
an, daß die Gewerkschaften ihre Vertreter nach freiem Ermessen
ernennen können; diese Freiheit finde aber in dem vorliegenden
Falle in der Rücksichtnahme auf die Staatsautorität ihre
Grenze. Der Beauftragte des Reichskanzlers teilte mit, daß der
Reichskanzler das Verhalten der Regierungsvertreter billige.
Unter Aufrechterhaltung des beiderseitigen grundsätzlichen
Standpunkts wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß die
Verhandlungen mit einem von den Gewerkschaften eingesetzten
Zwölferausschuß, der gewerkschaftlichen Organisationen fortge-
setzt werden. Diese in der Reichskanzlei aufgenommenen Ver-
handlungen wurden dann sofort im Reichshandelsministerium
weitergeführt. Diese Beratungen, die eine Verständigung er-
warten lassen, sollen am Montag fortgesetzt werden.

Gegen die steuerliche Erdrückung des Mittelstands.

Berlin, 12. März. Das Mittelstandskartell, daß in Ber-
lin etwa 200 000 Mitglieder zählt, veranstaltete heute nach-
mittag im Lustgarten eine gewaltige Kundgebung gegen die
steuerliche Erdrückung des Mittelstandes. Aus allen Stadt-
teilen zogen Zehntausende mit Tafeln und Plakaten herbei und
Redner großer Organisationen und Innungen sprachen von
verschiedenen Plätzen zu der zahlreichen Menge, in dem sie die
Verwaltung im Reich, im Land und in den Kommunen krit-
isierten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung
wurde der Schutz des selbständigen Mittelstandes im Handwerk,
Handel und Gewerbe gefordert und Front gemacht gegen die
neuerliche Belastung durch abermalige Erhöhung der Gewerbe-
steuer. Zum Schluß der Kundgebung kam es zu einem Zwi-
schenfall. Auf der Museumstreppe erschien ein Trupp junger
Leute, die eine schwarz-weiß-rote Fahne mit sich führten. Wäh-
rend ein Teil der Demonstranten die alten Farben mit lautem
Beifall begrüßte, gab der andere Teil seinem Mißvergnügen
durch Johlen und Pfeifen lebhaften Ausdruck. Schließlich ge-
lang es den Ordnern, die jungen Leute unter dem Hinweis,
daß es sich hier um keine politische Kundgebung handle, zum
Abzug zu bewegen. Unter Absingung des Liedes „Deutsch-
land, Deutschland über alles" marschierten sie ab.

13 Millionen Mark Kosten für die Reparationskommission.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg." aus Paris meldet, veröffent-
licht die Reparationskommission heute einen Bericht, wonach sie
und das Garantiekomitee einen Haushalt von 13 Millionen
Goldmark benötigen. Es heißt in diesem Bericht, daß die be-
antragte Summe für die Gesamtheit der eigentlichen Repara-
tionen verwendet werde. Diese 13 Millionen umfassen die
Ausgaben, die nicht nur für die Durchführung der Friedens-
verträge mit Deutschland, sondern auch mit Oesterreich und
Ungarn bestimmt sind.

Pfinzweiler, den 12. März. 1922.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager

Ernst Mahler, Wagner,

nach langer, schwerer Krankheit heute mittag 11 Uhr im Alter von 41 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Die tiefgebeugte Gattin: **Pauline Mahler, mit Kindern.**

Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, in Pfinzweiler statt.

Neuenbürg.
Zwei tüchtige
Schneider
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Wilhelm Wackenhut,
Tuchhandlung und Schneiderei.

Arnbach.
Ein großer Transport erstklassiger
Milch- u. Läuferschweine,
bis 60 Pfund schwer, steht bei mir bis Dienstag zum Verkauf.
Ernst Buchter, Schweinehändler.

Als praktische Konfirmations-Geschenke
empfiehlt
Gesangbücher
in reicher Auswahl
C. Meeh'sche Buchhandlg,
Inh.: D. Strom.

Neuenbürg.
Wir suchen mehrere selbständige
Mechaniker,
nicht unter 25 Jahren, zum baldigen Eintritt für dauernde Beschäftigung.
Beller & Fischer.

Neuenbürg.
Tüchtiger
Taglöhner
wird auf sofort gesucht.
W. Wackenhut,
Schneidermeister.

Schwann.
Junge
Nutz- und Fahrkuh
hat zu verkaufen
C. Gentner.

Schwann.
Suche zirka 20 Zentner
Heu
und ebensoviel
Stroh
zu kaufen, auch kleinere Posten; tausche auch gegen Brennholz.
Carl Gentner, Telefon 12.

Sie brauchen
Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahltagtaschen, Aufklebeadressen, Programme, Visit-, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen.
Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der „Enztäler"-Druckerei in allen Arten von
Drucksachen!
Ständiges Inserieren führt zum Erfolg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Haus Friedberg.

Erzählung von Ewald August König.

47. (Nachdruck verboten.)

Graf Willibald und Doktor Schwabe ließen nicht lange auf sich warten; sie hatten, da sie zuletzt die Schenke verließen, den kürzeren Weg gewählt.

Ladenburg trat auf seinen Schwager zu, während der Doktor sich nach einem geeigneten Platze umschaute.

„Ich hoffe, daß eine Aussöhnung möglich sein wird," sagte er ernst, „Du hast kein Recht, das Leben Hastings für Deine beleidigte Ehre zu fordern."

Ein verächtlicher Zug glitt über das Gesicht Willibalds.

„Du hast diese Beleidigung herausgefordert," fuhr Ladenburg fort, „Dein Benehmen gegenüber Deinem Vater verdiente die Züchtigung."

„Du willst Ihn verteidigen?" wallte der Graf auf.

„Ich muß es! Ich will zugeben, daß er zu weit gegangen ist, da er Dir Worte gesagt, deren ein gebildeter Mann sich nicht bedienen sollte, aber dies läßt sich entschuldigen, Du hattest ihn so sehr gereizt, daß es ihm nicht möglich war, seine Worte zu überlegen. Und in der Hauptsache, Willibald, war er berechtigt, Dir in dieser Weise entgegenzutreten. Du standest im Begriff, Deinen Vater gewaltsam zu berauben, Du hattest schon früher den Versuch gemacht —"

„Genug!" fiel der Graf ihm barsch ins Wort. „Doktor, beeilen Sie sich."

Werner Ladenburg zog sein Portefeuille aus der Tasche und öffnete es, er nahm einige Wechsel heraus und hielt sie dem Grafen vor die Augen. „Kennst Du diese Dokumente?" fragte er.

Starr blickte Willibald auf die Wechsel. „Wie kommen sie in Deinen Besitz?" antwortete er.

„Ich habe sie gekauft."

„Das war Torheit! Sie sind wertlos, sie erhalten erst dann Wert, wenn ich die Mittel besitze, sie einzulösen."

„Das weiß ich, aber wenn ich sie nicht gekauft hätte, wären sie dem Staatsanwalt gegeben worden."

„Und was weiter?"

„Dann hätte die Fälschung Dich ins Gefängnis gebracht!"

„Die Fälschung?" erwiderte Willibald befremdet. „Ich muß Dich ersuchen, mir das näher zu erklären."

„Hast Du nicht die Wechsel auf ein Bankhaus gezogen und mit der gefälschten Unterschrift dieses Bankhauses versehen?" fragte Ladenburg scharf.

Graf Willibald sah ihn starr an, aber ehe er eine Antwort geben konnte, näherte der Wucherer sich den Beiden mit der Erklärung, daß die nötigen Vorbereitungen getroffen seien."

„Ich werde auf diese Anklage nachher zurückkommen," sagte Willibald mit zitternder Stimme, „unmöglich wirst Du sie beweisen können. Zuvor wünsche ich die Angelegenheit mit Hasting zu ordnen."

„Du weisest also jede Versöhnung zurück?" fragte Ladenburg.

„Selbst dann, wenn ich mit Sicherheit wüßte, daß die Kugel des Gegners mich niederstrecken wird."

Ladenburg nahm die Pistolen aus den Händen des Doktors und prüfte sie, dann wurden die Waffen geladen.

Berthold stand schon auf der ihm angewiesenen Stelle, er hatte von seiner Ruhe und Heiterkeit nichts verloren. „Ich bin ein schlechter Schütze," sagte er, als Ladenburg ihm die Waffe überreichte, „leben Sie wohl und bewahren Sie mir ein freundliches Andenken."

Er erhob das Pistol und feuerte den Schuß ab; der Pulverrauch hatte sich noch nicht verzogen, als schon der zweite Schuß fiel. Es war so gekommen, wie Ladenburg befürchtet hatte, — Berthold schwankte noch einen Moment, dann sank er bewußtlos nieder, während Graf Willibald unversehrt war.

Ladenburg eilte auf den Verwundeten zu, mit scharfer Stimme befahl er dem Wucherer, dafür zu sorgen, daß der Lindenwirt so rasch wie möglich zwei Knechte mit einer Tragbahre schicke. „Außerdem erwarte ich, daß Sie sich bemühen, einen Arzt zur Stelle zu schaffen," fügte er hinzu, „Sie tragen einen großen Teil der Schuld an diesem unglücklichen Ereignis."

Doktor Schwabe wollte mit einem geringschätzenden Lächeln auf diese Beschuldigung antworten, aber der flammende Blick Ladenburgs schüchterte ihn derart ein, daß er sofort, und ohne ein Wort zu erwidern, den Weg antrat.

Willibald stand neben seinem Schwager, kein Zug in seinem Gesicht verriet, daß er Bedauern oder Mitleid empfand, mit empörender Kälte sah er zu, wie Ladenburg sich bemühte, das aus der Wunde fließende Blut zu stillen und den Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen.

„Was hast Du nun davon?" fragte Ladenburg zürnend zu dem jungen Manne aufschauend. „Ist Deine Ehre nun gerettet?"

„Dieser Mann wird mich nicht mehr beschimpfen," erwiderte der Graf achselzuckend.

„Ist Dein Haß noch nicht getilgt?"

„Wen ich verachte, kann ich nicht hassen."

Werner Ladenburg erhob sich, er sah ein, daß seine Bemühungen nutzlos waren. „Du verachtest diesen Unglücklichen, weil er Dir die Wahrheit gesagt hat," erwiderte er, „das allein beweist schon Dein Schuldbewußtsein. Wärst Du in diesem Duell gefallen, so würde die Menschheit nichts verloren haben, an diesem Mann verliert sie einen talentvollen Künstler und einen edlen Charakter. Magst Du mir zürnen, daß ich Dir das sage, ich kann nicht hinter die Berge halten. Du hast eine Bahn betreten, die mit dem Tod auf der Straße oder im Zuchthause enden muß, aber Du willst das nicht einsehen und weder auf Bitten, noch auf vernünftige Vorstellungen hören. Ich will zugeben, daß einen Teil der Schuld andere tragen, Dein Vater, Deine guten Freunde und jener Mensch, der heute Dich begleitet, aber für Dich ist das keine Entschuldigung."

(Fortsetzung folgt.)

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 14. März, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1) Kraft-Schlayer'sches Stipendium.
2) Spielplatz.
3) Hauswirtschaftl. Unterricht.
4) Teuerungszulagen.
5) Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Ein kleines

Wohnhaus

mit 4—5 Zimmern, das von Pforzheim aus bezogen werden kann, wird in Neuenbürg zu kaufen gesucht.

Angebote an die Enztälergeschäftsstelle.

Neuenbürg.

Bin Käufer von

Ziegen-, Kitz- u. Kaninfellen

zu Höchstpreisen.

Dietrich.

Birkenfeld.

Eine schöne

Nutz- und Fahrkuh

hat zu verkaufen

Wilh. Fix z. „Löwen".

Mädchen-Gesuch.

Für sofort oder 15. März wird ein ehrliches **Mädchen** für Küche und Haus gegen hohen Lohn bei guter Behandlung gesucht.

Koenig, Stuttgart,
Werastraße 48, I.

Wer nicht inseriert

kommt bei der Kundschaft in Vergessenheit!

Kaufe

Gold, Platin, Silber

zur gewerblichen Verarbeitung.

August Metsch, Pforzheim,
Edelmetallhandlg., Enzstr. 39,
Telefon 3468.

Landessparkasse.

Die durch den Wegzug des seitherigen Verwalters erledigte **Zweigstelle** der Württ. Landessparkasse in **Enzklösterle** ist von der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Stuttgart dem Pfarrer **Reger** in Enzklösterle übertragen worden.

Neuenbürg, den 10. März 1922.

Oberamt:
Wagner.

Maul- und Klauenseuche.

Im Gehöft des Gemeindepflegers **Mahler** in Loffenau ist die **Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.** Dieselbe wurde eingeschleppt durch eine Kuh, welche bei Viehhändler **Löb** (Wirtschaft zu den drei Königen) in **Rastatt** gekauft worden ist.

Sperrbezirk: das verseuchte Gehöft sowie die umliegenden Gehöfte des Imanuel Günthner, Kaufmann, Karl Zimmermann zum Sternen, Jakob Adam, Joh. Sohn, Jakob Adam, Georgs Sohn, Wilhelm Frey, Gemeinderat, Otto Luft, Witwe.

Beobachtungsgebiet: die übrigen Teile der Markung Loffenau.

15 km Umkreis: Vom Oberamtsbezirk Neuenbürg die Gemeinden Bernbach, Dobel, Herrenalb, Neusatz, Rotensol, Wildbad. Von den Nachbarbezirken Rastatt und Ettlingen die noch weiter in den 15 km Umkreis fallenden Gemeinden.

Im übrigen wird auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 1. März 1922, Enztäler Nr. 51, verwiesen.

Neuenbürg, den 11. März 1922.

Oberamt:
Wagner.

Maul- und Klauenseuche.

In den Gehöften des **Georg Wolf** und des Wirts **Franz Wolf** in **Oberndorf,** Bezirksamt **Rastatt,** ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Sperrbezirk: die verseuchten Gehöfte.

Beobachtungsgebiet: die Gemeinde Oberndorf.

Neuenbürg, den 9. März 1922. **Oberamt.**
Wagner.

Einladung.

Die **Männer** und **Jungmänner,** die durch die Evangelisation des Herrn Pfr. Schmid einen tiefen Eindruck von der dargebotenen Wahrheit bekommen haben und nun ernstlich gewillt sind, den gewiesenen Weg zu gehen, lade ich auf **heute Montag abend 8 Uhr** zu einer **Besprechung** in meine Wohnung (altes Schulhaus) herzlich ein.

Hauptl. Stolz, Neuenbürg.

„Sollt ich aus Furcht vor Menschenkindern des Geistes Trieb in mir verhindern und nicht bis in mein Grab hinein ein treuer Zeuge Jesu sein?"

Selbständige Existenz.

Fabrik landwirtschaftl. Geräte vergibt das Alleinverkaufsrecht an Handwerker, Händler, Landwirte oder Anfänger für den Oberamtsbezirk. Nachweisbar auskömmlicher Verdienst. Etwa Mk. 600.— Betriebsmittelanlage.

Offerte an **A. Z.,** Postamt 2, **Eßlingen a. N.**

Formulare liefert rasch und billig die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

Gemeinde Feldrennach.

Holz-Verkauf

am **Mittwoch, den 15. März 1922,**
vormittags 9 Uhr

auf dem Rathaus aus den Gemeindewaldungen, Abt. 5 Hardtbuckel, Abt. 6 Grundstich, Abt. 10 Hummelwies, Abt. 11 Unterm Reutweg, Abt. 12 Ob. Reutweg:

204 **Tannen- u. Forchenstämme** I.—VI. Kl. mit 177 Fm.,
15 **Tannen-Abschnitte** I.—III. Kl. mit 10 Fm.,
26 **Eichen-Stämme** V. und VI. Kl. mit 8,08 Fm.,
2 **Buchenstämme** IV. mit 1,26 Fm.,
3 **Baustangen** III. Klasse,
7 **eichene Derbstangen** I. und II. Klasse.

Auszüge beim Waldmeister **Großmann** erhältlich.

Enzgau-Sängerbund.

Am Sonntag, den 19. März d. J., nachm. 2½ Uhr, findet im **Gasthaus zur „Sonne"** in **Pforzweiler** die diesjährige statutenmäßige

Gau-Versammlung

mit folgender **Tagesordnung** statt:

1. Geschäfts-, Protokoll- u. Kassenbericht.
2. Gau-Liederfest in Neusatz.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Unsere Bundesvereine werden hierzu zu zahlreicher Beteiligung höflichst eingeladen. Auch unserem Bunde noch fernstehende Vereine sind uns willkommen.

Der Ausschuß.

Ottenhausen, 12. März 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau Rosine Gänger

sprechen wir allen denen, die sie während ihrer langen Krankheit besuchten und erfreuten, und für den Gesang des Mädchenchors und allen denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten, herzl. Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schwarten- und Streifholz,

1 Meter lang, kauft und erbittet Angebot

A. v. Steffelin, Karlsruhe,
Baumeisterstraße 48.

„Meine Frau war über 10 Jahre mit einer bösartigen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Fleckchen blieb auf dem Leibe. Durch Anwendung Patent-Medizinal-Seife wurde die Flechte in 3 Wochen beseitigt. Seife 1M Tausende wert. 1 Dose Tuckmob-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Tüchtiges fleißiges

Mädche

per sofort oder später ge
Putzfrau vorhanden.

Frau **E. Danger, Karls**
Kaiserstraße 161.

Tüchtige

Köchin

bei hohem Lohn und a
nehmer Stellung per 1.
oder 1. Mai gesucht.

Frau **Eduard Baue**
Mannheim, Kaiserring

Selbständiges

Mädchen

(20—25 J.) zu kleiner Fa
mit 1 Kind sofort oder
gesucht bei guter Behand
und gutem Lohn.

Rabinger, Stuttga
Seyfferstraße 68, hpt.

Tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen

das selbstständig kochen
bei hohem Lohn auf April
sucht. Hilfe vorhanden.

Dpl.-Ing. **Nornsman**
Mainkur, b. Frankfurt a

Pension od
Hotel

wird von erfahrenem Frä
(Vierzig) **zu kaufen gesu**
eventl. auch tätige Beteili
mit größerem Kapital
rentierendem Objekt. Angeb
erbeten an Frl. **E. Sir**
maier, Stuttgart, Zeppel
straße 159.

Visiten-Karte

liefert rasch und billig
Ch. Meeh'sche Buchdruck

Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg
M 90.—. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr sowie im sonstigen
inländischen Verkehr M 27.70
mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Stuttgart, 13. März
ch eine an die württem
des Landesverbandes W
gs wird darin dargel
Bruch der Reichsverfa
diesen Standpunkt getre

Hanau, 18. März.
er von Hanau haben
nahme der Arbeit in
Forderungen eingetrete
neues Schiedsgericht un
eits Grau zusammenset
werden.

Berlin, 13. März.
bei der Wiederbesetzung
macht wurde, wird von
ion bezeichnet. Es sei
ficher, ob das Reichsern
besetzt werde. Es läge
daß dieses Ministerium
Staatssekretär verwalte
macht, das Ministerium
rium anzugliedern, von
worden sei.

Berlin, 13. März.
Berlin unter dem Vors
ausschuß der Deutschen
Bericht über die politi
Aussprache, an der sich
Reichstages und des
Vertreter aus den Wa
nahme einer Entschlie
Reichstagsfraktion und
das einmütige Vertra

Der Her

Stuttgart, 11. Mä
Dr. Hieber auf Anfra
kanntwerden des Vors
in Herrenberg hat die
Schulen eine Untersuch
stand der mit vier Leh
ihren Lehrern ausgewä
den Zeitung als werty
berricht auf Rechnung
lung eingetroffen war,
sich, wie er selbst, ein
in ihrem Schulzimmer
überwiegend Bilder v
nissen aus den Befrei
künstlerische Darstellun
samkeit der Kinder a
elf Stück in seinem
elf Bilder aus der Zei
cher, Gneisenau, Körne
siere usw. Die Darst
Zimmer mit den 13
ganz unzutreffend erw
fernung; das Gesamtb
Völkerhaß zu entfache
fassung der Unterricht
stalten sei. Er wies
weitverbreitete) Bild
Wesel" hin und äuße
Bild habe den Zweck,
rend dieser zur Erschi
gewesen sei. Der Leh
vorstand bedeutete den
selbst wegnehmen werd
lassen werde. Zur ra
dem Lehrer den dienst
tags die fraglichen B
rigenfalls er die Bilde
werde. Der Lehrer se
Verbindung, die mit
legenheit dem Lehrer
darauf ließ der Schulv
entfernen. Im Sonn
der Holzkiste des Leh
des Vorstands ist, ein
Wilhelm II, und den
mit der Unterschrift
Bild war fast ganz v
der Riß auf dem st
schräg war, konnte d
war, wieder aufgehän
Schulzimmer bis dah
sch und heftete es i
Pult. Dort entdeckte
und argwöhnte, wie
gen, eine persönliche
Person. Er nahm o
Klasse das Bild ab, n
der Lehrer die Klasse
Frage sagten ihm die
stand „heruntergeriss
nen Riß nichts wußte
standes bemächtigt u
Platz gegriffen hatte
1922 der Schulvorsta
höheren Schulen „un
gen Widersetzlichkeit i
Herrenberg." Er wi
des Bildes von E. M
der Eisen wachsen ließ